



Auszug aus: **Wolfgang Abendroth**

Was ist heute „links“ in der Bundesrepublik ?

in: Herman L. Gremliza und Heinrich Hannover (Hrsg.): *Die Linke. Bilanz und Perspektiven für die 80er*, Hamburg 1980, S. 9-26.

„Links“ ist, wer *erstens* bereit ist, die durch das Verfassungssystem garantierten demokratischen und sozialen Rechte gegen jede Verletzung zu schützen, also das Grundgesetz gegen die Flut von Veränderungen, die von 1950 bis 1968 entstanden sind, aber vor allem auch gegen seine permanente Verletzung durch die Geheimdienste und den Exekutiv-Apparat, durch die Judikatur und den einfachen Gesetzgeber zu schützen.

„Links“ ist, wer *zweitens* entschlossen ist, Kriegsgefahr und kalten Krieg mit allen Mitteln zu bekämpfen, wer für Abrüstung, gegen jede Auf- (und „Nach“-) Rüstung und für Verständigungspolitik eintritt

„Links“ ist, wer *drittens* Antifaschist ist, wer gegen die permanente Unterwanderung des Apparates des Staates und der „Wirtschaft“ durch Personengruppen eintritt, die am Dritten Reich partizipiert haben, Reste ihres Denkens nach 1945 weitergeführt haben oder wiederaufleben lassen. Auch wenn gewiß gegenwärtig die Festigung des mit dem Monopolkapital verschmolzenen entdemokratisierten Obrigkeitsstaates noch nicht der erneute Sieg des Faschismus ist, der sich erst in einer schweren ökonomischen Krise oder bei unmittelbar bevorstehender außenpolitischer Katastrophe, bei bald drohendem Krieg, wiederherstellen ließe: Der Faschismus bleibt eine Bedrohung. Deshalb gilt / S. 22 es, nicht nur der stetigen Verschleierung der nationalsozialistischen Vergangenheit und der Verfälschungen, die sie hinterlassen hat, sondern auch jedem neofaschistischen Ansatz entschlossen entgegenzutreten.

„Links“ ist, wer *viertens* der ideologischen Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus, dem Antikommunismus und Antimarxismus Widerstand leistet. So verschieden man den Entwicklungsstand anderer Länder und die in ihnen häufig unvermeidlichen Durchgangsstufen des geschichtlichen Fortschritts einschließlich der menschlichen Belastungen, die sie erzeugen, bewerten mag: „Links“ kann nur sein, wer jegliche aggressive antisowjetische oder gegen Revolutionen in Entwicklungsländern gerichtete Außenpolitik der BRD ablehnt und entschlossen bekämpft.

„Links“ ist, wer *fünftens* bereit ist, auch in Stagnations- und Krisensituationen den sozialen und wirtschaftlichen Besitzstand der abhängig arbeitenden Massen, ihrer Kinder und Alten, gegen den stetigen Angriff des Monopolkapitals, sei er durch Staat und Gesetzgebung vermittelt, sei er durch

inflationäre Prozesse verschleiert, sei er unmittelbar, zu verteidigen und durch schrittweisen Kampf um seine materielle und politische Erweiterung und die Demokratisierung der Wirtschaft, um die Anpassung der realen an die wirklich noch gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit des einzelnen arbeitenden Menschen, also um die Verkürzung des Arbeitstages, stetig zu erweitern. Denn permanente strukturelle Arbeitslosigkeit, wie sie sonst unvermeidlich entsteht, führt zur Bedrohung der bürgerlichen Freiheitsrechte, zur Chance verzweifelte und unaufgeklärte Menschen zum Instrument faschistischer Bewegungen zu machen.

„Links“ ist, wer *sechstens* für die volle, auch für die politische und soziale Gleichberechtigung der fremdsprachigen Millionenmassen eintritt, die durch den ökonomischen Aufschwung der BRD in den Zeiten ihres „Wirtschaftswunders“ und dann wieder nach der Rezession in der Mitte der sechziger Jahre angezogen worden sind.

Kein „Linker“ darf je vergessen, welche selbstverständliche Solidarität diese „Fremdarbeiter“ jeder Nationalität in der Periode des Kampfes gegen die Notstandsgesetze - zuverlässiger als große Teile der gewerkschaftlichen „Spitzen“ - bei jenem Aufschwung der Linken, der einst die Wendung gegen die Politik des kalten Krieges möglich gemacht hat, ihnen gegenüber einst bewiesen haben. Die Jahre der Restauration und des neuen ökonomischen Aufschwungs, die bis zur zweiten wirtschaftlichen Erschütterung der Ökonomie des monopolkapitalistischen Wirtschaftswunders in Westdeutschland folgten, haben zusätzlich eine *siebte* Bedingung dafür, als „links“ gelten zu können, stärker verdeutlicht, als es damals der Linken bewußt war. Jeder ökonomische Aufschwung seit der Entstehung des industriellen Kapitalismus war gleichzeitig mit Erweiterung und Veränderung seiner Technologien verbunden und darum auch mit erheblichen Veränderungen der Umwelt, mit großen ökologischen Problemen. Sie wurden stets nur langsam und verzögert von der Bevölkerung begriffen. Auch war ihr Gefahrengrad jeweils sehr verschieden. Im „Wirtschaftswunder“ hatten sie bereits bittere Folgen: Die Wahlparole der SPD 1963 („Sonne über der Ruhr“) war als Forderung nur zu berechtigt, so gering ihre Konsequenzen auch noch blieben (und so sehr sie – wenigstens teilweise - noch darauf zielte, andere Fragen zu umgehen). Der Aufschwung der chemischen Industrie hat diese Bedrohung vergrößert: Immer neue Vorgänge, die Verwandlung der Flüsse in Kloaken, haben diese Probleme so sehr verschärft, daß die hessischen Skandale 1980, die zum Rücktritt des verantwortlichen (und durch seine eigene Bürokratie im Interesse großer Konzerne ständig getäuschten) Minister geführt haben, nur ein kleines Beispiel für die Gesamtlage bieten. Die permanente Erweiterung der Verwendung atomarer Energie seit Beginn der wirtschaftlichen „Erholung“ nach der Rezession von 1966/67, ohne daß vorher die Gefahrenmöglichkeiten, die dabei entstehen, und die „Entsorgung“ von verbrauchten Kernmaterialien geklärt sind, hat endlich bewußt gemacht, was damals, zur Zeit des vorigen Aufschwungs der Linken, nur für den Fall der militärischen Verwendung der Kernenergie allen klar war: Links sein kann nur, wer auch diesen Fragenkreis der Bedrohung der Umwelt und des Schutzes gegen ihre Vernichtung im Profitinteresse des monopolkapitalistischen Kapitalismus in sein Denken einbezieht. Daß dies Problem auch für die sozialistische Ökonomie besteht, darf nicht übersehen werden, wenn es dort auch leichter rational zu beherrschen wäre.“

Wolfgang Abendroth (1906 - 1985)